

Kinder sind ein Gewinn für die Gesellschaft

Bundesministerin Ursula von der Leyen hatte durchaus Grund zur Freude. Keine 24 Stunden, bevor sie den Familienpolitischen

die positiven Erfahrungen anderen Länder bei der Familienförderung hervor. Von der Leyen: „Familien schaffen auch Arbeitsplätze

bereiter zu geben, denn je. Diese Recourse könne und müsse man nutzen, indem man junge und alte Menschen zusammenbringt“, so von der Leyen. Ein Stichwort in diesem Zusammenhang war das Mehrgenerationenhaus. „Denn wenn der Sozialstaat bestehende Strukturen besser ausnutzt, dann kann der Sozialstaat in neuer Form stabilisiert werden“, mahnt sie.

Ursula von der Leyen ging in ihrer Rede auch den möglichen Ursachen für den seit 30 Jahren anhaltenden Geburtenrückgang nach. Ebenso berührte sie die Themen Kindesmissbrauch und Kindervernachlässigung. Besonders schlimm sei, dass, wenn schon zu wenig Kinder geboren werden, „wir uns zuwenig um

die kümmern, die da sind! Sie verkümmern am Lebensanfang! Der Staat ist im Rahmen seiner Möglichkeiten in seinem Wächteramt gefordert!“ Dafür

werde sie sich einsetzen, „denn“, so von der Leyen, „jedes Kind geht uns etwas an!“ Fast poetisch wurde die Ministerin als sie davon

Wie soll das neue Elterngeld aussehen?

Das Elterngeld wird zum 1.1.2007 eingeführt. Es ersetzt 67% des bisherigen Gehaltes des betreuenden Elternteiles bis zu einer Höhe von maximal 1800 Euro. Die Koalitionspartner haben einen Sockelbetrag von 300 Euro vereinbart. Auch wer nicht arbeitet, bekommt diesen Sockelbetrag. Er ist die einkommensunabhängige Komponente des Elterngeldes. Wer jedoch mehr als 30 Stunden in der Woche weiter arbeitet, bekommt keinen Sockelbetrag. Die Bezugszeit des Elterngeldes beträgt 12 Monate. Sie kann auf den Zeitraum von zwei Jahren aufgeteilt werden. Wenn der jeweils andere Elternteil – in unserer gesellschaftlichen Realität in der Regel der Vater – sich bereit erklärt, die Erziehung zu übernehmen und ebenfalls im Beruf eine Pause einzulegen, wird das

Elterngeld zwei zusätzliche Monate („Partnerschaftsmonate“) gezahlt. So wird Wahlfreiheit garantiert und zugleich v.a. für Väter ein Anreiz gegeben, verstärkt Erziehungsverantwortung zu übernehmen. Diese Partnerschaftsmonate werden bei geschiedenen oder getrennt lebenden Partnern im Falle der gemeinsamen elterlichen Fürsorge auch für den geschiedenen oder getrennt lebenden Partner gezahlt, sofern er für die Erziehung zur Verfügung steht. Bei allein erziehenden Eltern hat im Falle der alleinigen elterlichen Sorge der allein erziehende Elternteil den Anspruch auf die Partnerschaftsmonate. Es wurde zudem vereinbart, das Elterngeld nicht mit anderen sozialstaatlichen Transferleistungen wie beispielsweise dem Arbeitslosengeld II zu verrechnen.



Kongress im FEZ in der Berliner Wuhlheide besuchte, schaffte sie innerhalb der Großen Koalition den Durchbruch für die bundesweite Einführung von Elterngeld ab Januar 2007. Die Familienministerin bezeichnete diesen Erfolg als „Signal für die Gesellschaft, das zeigt, dass Familien mit Kindern uns nicht egal sein dürfen.“ In diesem Zusammenhang stehe auch die im Januar von der Bundesregierung beschlossene Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten. Das sei „eine Frage der Gerechtigkeit für Familien.“ In ihrer Rede hob sie

ze. Kinder sind also ein Gewinn für die Gesellschaft in jeder Hinsicht. Hier zu investieren ist die richtige Entscheidung.“ Allerdings, so stellte die Bundesministerin fest, könne die Bundespolitik nicht alleine agieren. Auch die Kommunen müssen handeln. „Kinderfreundlichkeit ist ein Investitionsfaktor für die Zukunft von Kommunen“, sagte sie. Die siebenfache Mutter wünschte sich auf dem Familienkongress mehr Miteinander der Generationen. „Gerade ältere Menschen sind heute gesünder, besser gebildet und auch



sprach, dass jedes Kind am Anfang seines Lebens ein gewaltiges Spektrum von Fähigkeiten, wie einen Fächer entfalten kann, wenn es die Möglichkeiten dazu bekommt, die Unterstützung und die Förderung, die es dazu braucht. Die Begeisterung, mit der Ursula von der Leyen beim Thema Familie bei der Sache ist, steckte die Tagungsteilnehmer an. Und die Erfolge, die sie mit dieser mitreißenden Art bereits erzielt hat, können sich sehen lassen.

„Berlin soll eine Kinder- und Familienstadt werden!“

Dieses Ziel setzte Friedbert Pflüger gleich zu Beginn seiner Rede.

Der Vater eines 22 Monate alten Sohnes weiß, wovon er redet. „Denn

gen und müsse erst langsam wieder vermittelt werden.

Für ihn sei Familie auch „eine Wagenburg im Auf und Ab des Lebens – ein

lehnung der Folgegeneration dagegen. „Aber“, so attestiert Pflüger, „wer nicht erzogen wird, der kann auch keinen eigenen Standpunkt entwickeln. Doch auch Toleranz untereinander setzt das Vorhandensein eines eigenen Standpunktes im Leben voraus!“

Friedbert Pflüger stellte fest, dass sich die Rahmenbedingungen für Kinder in Berlin unter Rot-Rot in den letzten Jahren verschlechtert haben. Er listete auf: Die Erhöhung der Kitagebühren, Kürzungen beim Erzieherpersonal, die „Zwangsverlagerung“ der Vorschulklassen an die Schulhorte, zu wenig



Räume und Personal in den neuen Ganztagschulen. Pflüger setzt dagegen: „Wir wollen ein Berlin, das JA sagt zu Kindern!“ Bei der Betreuung von Kindern in jungen Jahren

bestehe Handlungsbedarf, damit junge Familien Job und Kinder besser miteinander vereinbaren können. „Der Staat kann Familie nicht ersetzen“, so der CDU-Spitzenkandidat.

Aber er könne und müsse die Rahmenbedingungen für Familien schaffen. „Das, was die Familie jedem von uns gibt, ist durch nichts zu ersetzen. Deshalb sollten wir alles daran setzen, Familien zu stärken und eine kinder- und familienfreundlichere Gesellschaft zu schaffen“, forderte er.



„Die CDU rückt die Familien in den Mittelpunkt“

Mit viel Aufmerksamkeit hat die Presse den Familienpolitischen Kongress der Berliner CDU am 02. Mai begleitet:

„Die CDU rückt die Familie in den Mittelpunkt... Auf dem Kongress an dem rund 150 CDU-Vertreter teilnahmen bestärkte Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) die Berliner Union. << Das ist das richtige Thema für Berlin >>, sagte sie.“

Berliner Zeitung, 03.05.2006

„Wer wollte konnte den Tagungsort symbolisch

verstehen.... Der Kandidat machte den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) dafür verantwortlich, dass die Rahmenbedingungen für Familien in den vergangenen Jahren in Berlin schlechter geworden sind. Pflügers Liste an Vorwürfen ist lang: Dazu zählen die Abschaffung der Vorschulklassen und die Anhebung der Kita-Gebühren ebenso wie die Verlagerung der Horte an die Schulen und die Schließung der Kinder-



und Schülerläden.“

taz, 03.05.2006

„Gestern war nach Meinung der CDU nicht nur ein guter Tag für Berliner Familien, „weil das Elterngeld end-

lich beschlossen ist“, wie es Ingo Schmitt, Landesvorsitzender der Berliner CDU, formulierte, sondern auch für die Berliner Union. Die Landespolitiker fühlten sich durch die bundespolitische Entscheidung in ihrem Bemühen bestätigt, Familienpolitik ins Zentrum ihrer Arbeit zu rücken. Richtig lägen sie damit, bekräftigte Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU), die gestern anlässlich des Familienpolitischen Kongresses der Ber-

liner CDU im Freizeit- und Erholungszentrum FEZ Wuhlheide, eine Grundsatzzrede hielt.“

Berliner Morgenpost, 03.05.2006

„Der Generalvorwurf des CDU-Politikers: <<Berlin spart an seiner Zukunft, es sägt hier am Ast, auf dem es sitzt.>> Da fügte es sich glücklich, dass die Familienministerin am Tag nach dem Kompromiss zum Familiengeld, auf den sich CDU und SPD im Bund geeinigt hatten, im FEZ Wuhlheide vorbeischaute.“

Der Tagesspiegel, 03.05.2006

Berliner Frauen Union: Neue Wege in der Familienpolitik

Auf dem Papier steht es bereits, meint die Frauen Union Berlin. In der Berliner Verfassung (Art. 12 Abs. 7) heißt es: „Frauen und Männer ist es zu ermöglichen, Kindererziehung und häusliche Pflegetätigkeit mit der Erwerbstätigkeit und der Teilnahme am öffentlichen Leben zu vereinbaren.“

Die bisher erfolgte Erwerbsbeteiligung und das gestiegene Bildungsniveau von Frauen brachte ihnen in der Regel keine deutliche Entlastung von familiären Aufgaben. Die Erwerbsmotivation der Frauen ist je-

doch nicht nur ökonomisch begründet. Das Ausüben einer Erwerbstätigkeit beinhaltet u. a. Streben nach Existenzsicherheit sowie -unabhängigkeit und Absicherung des eigenen Rentenanspruchs. Marion Berning fordert für die Berliner Frauen Union daher eine Umstrukturierung der Familienpolitik: „Die Möglichkeiten zur Realisierung der Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben dürfen für die Frau zukünftig nicht nur auf dem Papier stehen. Angesichts der bekannt gewordenen Jugendgewaltexzesse und mit Blick auch auf die Mädchen und

Frauen mit Migrationshintergrund hat der Ruf nach Chancengleichheit doppelte Bedeutung erlangt. Eine neue frauenfreundliche Familienpolitik muss etwa bedarfsgerechten Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen verbunden mit einem pädagogisch ausgeprägten Netz von Ganztagsangeboten sowie vielfältige Angebote zur Erlernung der deutschen Sprache garantieren. Das Fördern und Fordern von Kindern und Jugendlichen in solchen Ganztagsangeboten erweitert zahlreiche Möglichkeiten des fachlichen wie auch sozialen Lernens als solide

Basis für gewaltfreies Miteinander.“ Berning weiter: „Die Frauen Union Berlin setzt sich daher vorrangig dafür ein, den Stellenschlüssel für die Berechnung von Erzieherinnen und Erziehern in Kita und Hort zu verbessern, verbindliche einheitliche Standards in Horten

festzulegen, ausgewogene und gesunde Nahrung in ruhiger, gemeinschaftlicher Atmosphäre anzubieten, kindergerecht Freizeitangebote zu fördern und verlässliche Ansprechpartner und kontinuierlich anwesende Bezugspersonen einzusetzen.“

